



JOHANNES KEPLER
UNIVERSITY LINZ | JKU

IAW

INSTITUT FÜR ANGEWANDTE
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG e.V.

Pressemitteilung

*Prognose zur Entwicklung der
Schattenwirtschaft in Deutschland
im Jahr 2014*

Tübingen und Linz, 4. Februar 2014

Beschlüsse der Großen Koalition treiben die Schattenwirtschaft an

Durch die absehbar gute konjunkturelle Entwicklung wird die Schattenwirtschaft im Jahr 2014 weiter abnehmen. Danach werden die Beschlüsse des Koalitionsvertrags zu einem Anstieg der Schattenwirtschaft führen. Steigende Sozialbeiträge und die nicht gebremste kalte Progression verstärken die Anreize, in der Schattenwirtschaft zu arbeiten. Dies ergeben Modellschätzungen, die der Schattenwirtschaftsexperte Professor Friedrich Schneider (Universität Linz) gemeinsam mit dem Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) in Tübingen vorgelegt hat.

Aus den Modellschätzungen ergibt sich für das Jahr 2014, dass die Schattenwirtschaft um ca. 2,0 Mrd. € auf 338,5 Mrd. € zurückgehen wird (siehe Abbildung 1). Dies ist eine Folge des positiven Wirtschaftswachstums, das nach vorliegenden Prognosen 1,7 % betragen wird, und der weiterhin positiven Situation auf dem Arbeitsmarkt (siehe Tabelle 2). Mit dem Rückgang der Schattenwirtschaft setzt sich ein Trend fort, der bereits seit dem Jahr 2003 besteht und der nur während der Wirtschaftskrise im Jahr 2009 kurz unterbrochen wurde.

Die Schattenwirtschaft würde 2014 um eine weitere Mrd. € zurückgehen, wenn die Rentenbeiträge von 18,9 % auf 18,6 % gesenkt worden wären, wie es der Einnahmen- und Ausgabenentwicklung entsprochen hätte (siehe Tabelle 3). Sinkende Sozialversicherungsbeiträge mindern den Anreiz zum Ausweichen in die Schattenwirtschaft, weil sich die Schere zwischen Brutto- und Nettoentlohnung ein Stück weit schließt. Da die Sen-

kung des Beitrags jedoch durch Gesetz gestoppt wurde, geht die Verminderung der Schattenwirtschaft im Jahr 2014 ausschließlich auf die gute Konjunktur zurück.

Beschlüsse der Koalition wirken verstärkend auf die Schattenwirtschaft

Andere Beschlüsse der Großen Koalition wirken tendenziell verstärkend auf die Schattenwirtschaft (siehe Tabelle 3):

- Der spätestens am 1. Januar 2015 eingeführte Mindestlohn in Höhe von 8,50 € wird die Schattenwirtschaft um 1,2 Mrd. € erhöhen. Ausweichen in die Schwarzarbeit ist ein Weg, den Mindestlohn zu umgehen – allerdings nicht der einzige.
- Die geplante Erhöhung des Beitrages zur Pflegeversicherung um 0,5 Prozentpunkte innerhalb der Legislaturperiode führt zu einer Ausweitung der Schattenwirtschaft um 840 Mio. €. Der Mechanismus ist der gleiche wie bei den Rentenbeiträgen.

Noch bedeutsamer für die Schattenwirtschaft als diese Änderung ist eine Reform, die sich die Regierung nicht vorgenommen hat: die Beseitigung der „kalten Progression“ bei der Einkommensteuer. Kalte Progression bewirkt, dass die Steuerpflichtigen infolge von Inflation auch bei einem unveränderten realen Einkommen in immer höhere Progressionsbereiche kommen. Die Berechnungen wurden auf der Grundlage einer Simulation des IW Köln vorgenommen.^{*)} Danach entsteht durch die im Zeitraum von 2010 bis 2014 zu beobachtende kalte Progression ein zusätzliches Steueraufkommen im Jahr 2014 von 8,8 Mrd. €. Durch Ausweichen in die Schattenwirtschaft steigt nach den Modellergebnissen dort die Wertschöpfung um 5,3 Mrd. €. Dabei ist zu bedenken, dass es vor allem Bezieher mittlerer Einkommen sind, die relativ am stärksten von der kalten Progression getroffen werden. Dazu gehören Personen in Handwerksberufen oder andere gewerblich Tätige, deren Qualifikationen in der Schwarzarbeit eher verwertbar sind als die von akademisch Ausgebildeten.

Der Koalitionsvertrag sieht auch vor, die personelle und informationstechnologische Ausstattung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit zu verbessern sowie die Strafen für Menschenhandel und Zwangsprostitution zu erhöhen. Diese Maßnahmen können prinzipiell die Schattenwirtschaft vermindern, aufgrund von fehlenden Daten lässt sich dieser Effekt aber nicht quantifizieren. Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit hinsichtlich ihrer

Wirksamkeit zu evaluieren, ist im Koalitionsvertrag nicht vorgesehen. Auch künftig werden die Steuerzahler daher nicht wissen, wie effektiv die Bekämpfung der Schwarzarbeit ist.

Prognose der Schattenwirtschaft international

Deutschland liegt beim Vergleich des Schattenwirtschaftsvolumens in den OECD-Ländern mit der Größe seiner Schattenwirtschaft im Mittelfeld (siehe Abbildung 2), ähnlich wie beispielsweise die skandinavischen Länder. Die südeuropäischen Länder (Griechenland, Italien, Portugal und Spanien) sind mit einem Ausmaß der Schattenwirtschaft zwischen 18 % und 24 % des offiziellen Bruttoinlandsprodukts nach wie vor Spitzenreiter. Für das Jahr 2014 wird prognostiziert, dass die Schattenwirtschaft in den meisten OECD-Ländern zurückgehen wird. Eine wichtige Ausnahme ist Frankreich, wo insbesondere die Erhöhung der Mehrwertsteuer zu einem Anstieg der Schattenwirtschaft beitragen wird.

Ansprechpartner:

Prof. Dr. Friedrich Schneider
Institut für Volkswirtschaftslehre
Johannes Kepler Universität Linz
4040 Linz-Auhof
Österreich
Tel.: 0043-732-2468-8210
Mobil: 0043-6643085228
Fax: 0043-732-2468-28210
E-Mail: friedrich.schneider@jku.at

Prof. Dr. Bernhard Boockmann
IAW Tübingen
Ob dem Himmelreich 1
72074 Tübingen

Tel.: 07071 9896-0
Fax: 07071 9896-99
E-Mail: bernhard.boockmann@iaw.edu

*) Institut der deutschen Wirtschaft (2013): Kalte Progression – Mikrosimulationsanalyse der Auswirkungen inflationsbedingter Einkommensteuererhöhungen. Studie im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Köln.

Abbildung 1: Verhältnis von Schattenwirtschaft zum offiziellen Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

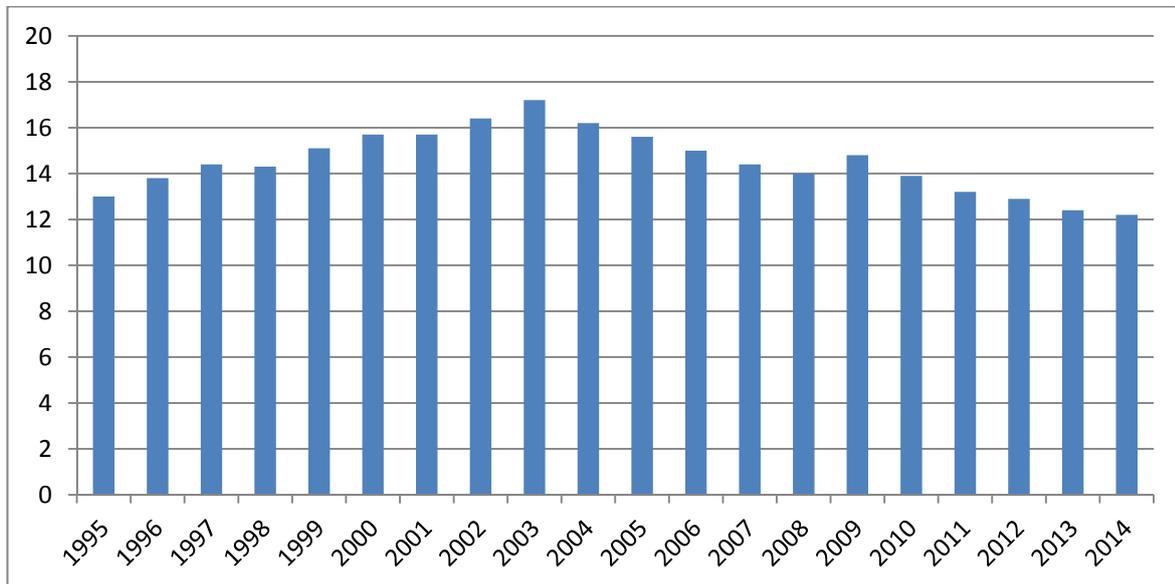


Tabelle 1: Originalwerte zu Abbildung 1

Jahr	Schattenwirtschaft in Mrd. €	Verhältnis Schattenwirtschaft zu offiziellem BIP
1995	241	13,0
1996	258	13,8
1997	275	14,4
1998	281	14,3
1999	302	15,1
2000	322	15,7
2001	330	15,7
2002	350	16,4
2003	370	17,2
2004	356	16,2
2005	346	15,6
2006	346	15,0
2007	349	14,4
2008	347	14,0
2009	352	14,8
2010	348	13,9
2011	344	13,2
2012	343	12,9
2013	340,5 ^a	12,4 ^a
2014	338,5 ^a	12,2 ^a

Anmerkung: ^a Wert auf der Basis von vorläufigen Werten oder aktuellen Prognosen

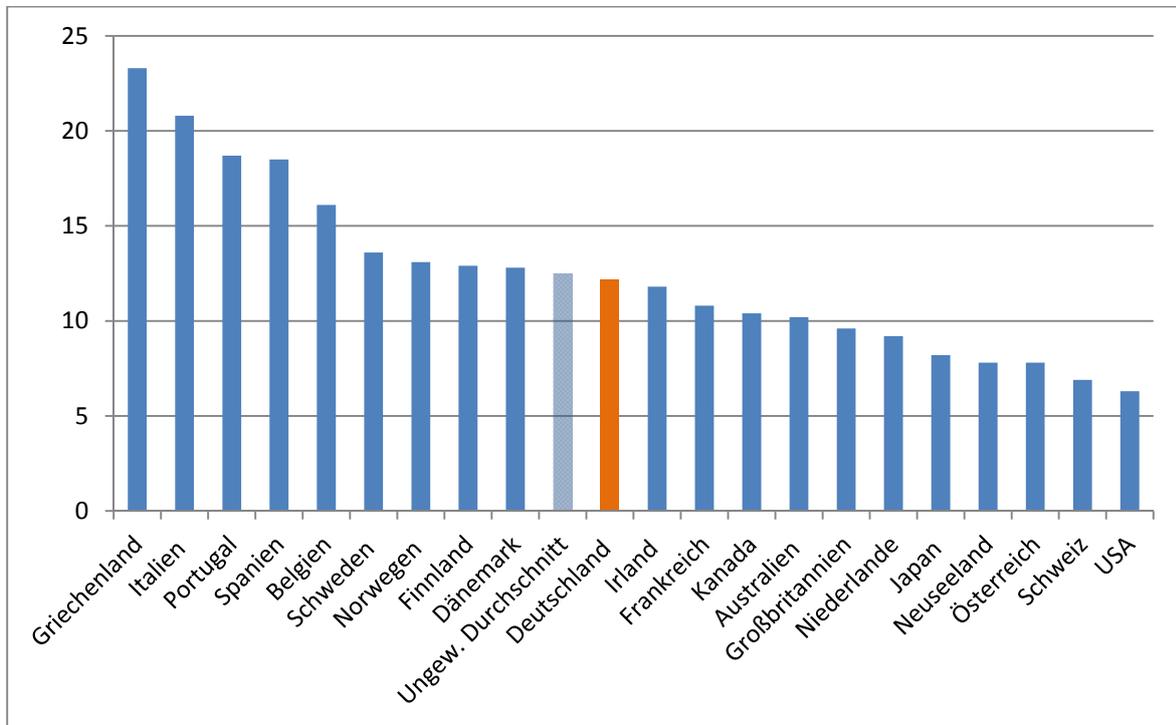
Tabelle 2: Auswirkungen der Konjunktur und wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf die Schattenwirtschaft im Jahr 2014

Angenommene Entwicklung 2014	Auswirkungen (Zuwachs (+) /Minderung (-)) auf die Schattenwirtschaft Angaben in Mio. Euro
(1) Wirtschaftslage: BIP-Wachstum 1,70%, Arbeitslosigkeit 2,93 Mio.	-1.925
Basisszenario für 2014 (1)	-1.925

Tabelle 3: Auswirkungen der Koalitionsbeschlüsse auf die Schattenwirtschaft

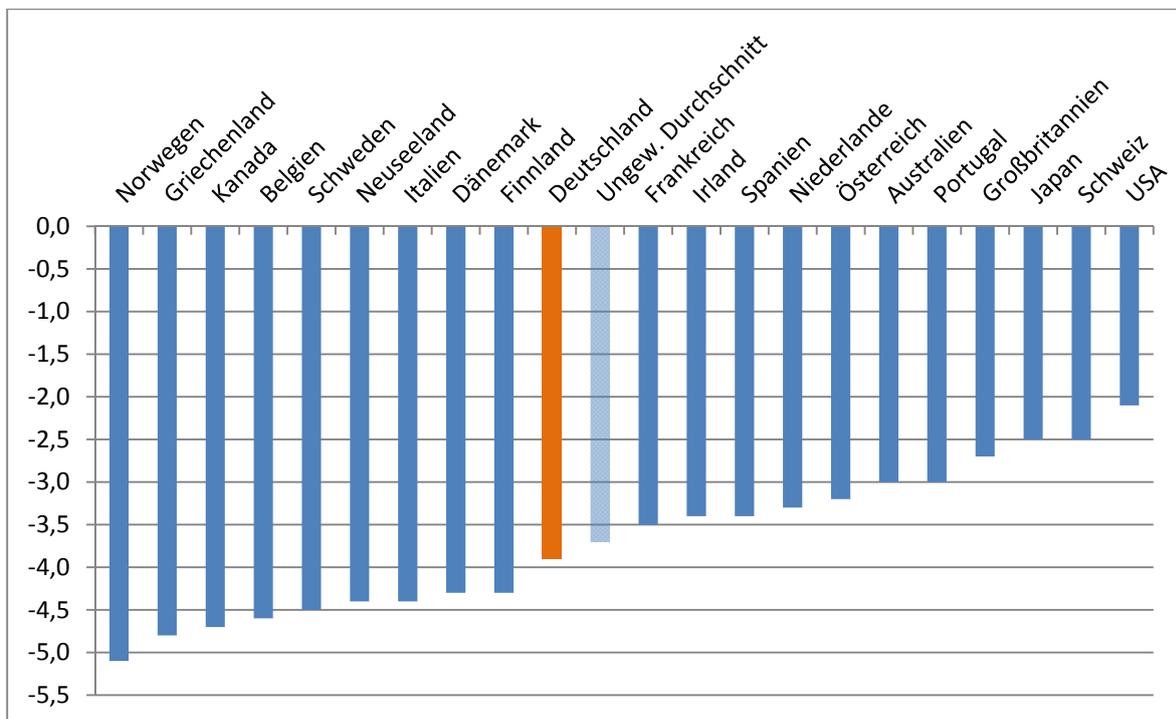
Maßnahmen der Großen Koalition für 2014	
(1) Keine Senkung der Rentenbeitragssätze von 18,9% auf 18,3%	+960
Gesonderte Berechnung des Effekts der kalten Progression für 2014	
(2) Berücksichtigung der kalten Progression, zusätzliche Einkommensteuerbelastung von 2010 bis 2014 von 8,8 Mrd. €	+5.300
Maßnahmen des Koalitionsvertrags für 2015ff.	
(3) Geplante Erhöhung des Beitrages um 0,5 Prozentpunkte bei der Pflegeversicherung auf 2,55% bei Familien mit Kindern und auf 2,8% bei kinderlosen Familien	+840
(4) Bundesweiter Mindestlohn in allen Branchen, d.h. einheitliche Lohnuntergrenze von 8,50 € die Stunde	+1.200
Jährlicher Gesamteffekt des Koalitionsvertrags (1)+(2)+(3) + (4)	+8.300

**Abbildung 2: Niveau der Schattenwirtschaft in den OECD-Ländern 2014
(im Verhältnis zum BIP)**



Angegeben ist das Verhältnis der Schattenwirtschaft zum offiziellen BIP.

**Abbildung 3: Rückgang der Schattenwirtschaft in den OECD-Ländern
2004 bis 2014**



Angegeben ist die Änderung im Verhältnis der Schattenwirtschaft zum offiziellen BIP in Prozentpunkten in den Jahren 2004 und 2014.

Tabelle 3: Originalwerte zu Abbildungen 2 und 3

OECD-Länder	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013 ^{a)}	2014 ^{a)}
1. Australien	13,2	12,6	11,4	11,7	10,6	10,9	10,3	10,1	9,8	9,4	10,2
2. Belgien	20,7	20,1	19,2	18,3	17,5	17,8	17,4	17,1	16,8	16,4	16,1
3. Dänemark	17,1	16,5	15,4	14,8	13,9	14,3	14,0	13,8	13,4	13,0	12,8
4. Deutschland	16,2	15,6	15,0	14,4	14,0	14,8	13,9	13,2	12,9	12,4	12,2
5. Finnland	17,2	16,6	15,3	14,5	13,8	14,2	14,0	13,7	13,3	13,0	12,9
6. Frankreich	14,3	13,8	12,4	11,8	11,1	11,6	11,3	11,0	10,8	9,9	10,8
7. Griechenland	28,1	27,6	26,2	25,1	24,3	25,0	25,4	25,2	24,8	23,6	23,3
8. Großbritannien	12,3	12,0	11,1	10,6	10,1	10,9	10,7	10,5	10,1	9,7	9,6
9. Irland	15,2	14,8	13,4	12,7	12,2	13,1	13,0	12,8	12,7	12,2	11,8
10. Italien	25,2	24,4	23,2	22,3	21,4	22,0	21,8	21,6	21,6	21,1	20,8
11. Japan	10,7	10,3	9,4	9,0	8,8	9,5	9,2	9,0	8,8	8,1	8,2
12. Kanada	15,1	14,3	13,2	12,6	12,0	12,6	12,2	11,9	11,5	10,8	10,4
13. Neuseeland	12,2	11,7	10,4	9,8	9,4	9,9	9,6	9,3	9,1	8,0	7,8
14. Niederlande	12,5	12,0	10,9	10,1	9,6	10,2	10,0	9,8	9,5	9,1	9,2
15. Norwegen	18,2	17,6	16,1	15,4	14,7	15,3	15,1	14,8	14,3	13,6	13,1
16. Österreich	11,0	10,3	9,7	9,4	8,1	8,5	8,2	7,9	7,6	7,5	7,8
17. Portugal	21,7	21,2	20,1	19,2	18,7	19,5	19,2	19,4	19,4	19,0	18,7
18. Schweden	18,1	17,5	16,2	15,6	14,9	15,4	15,0	14,7	14,3	13,9	13,6
19. Schweiz	9,4	9,0	8,5	8,2	7,9	8,3	8,1	7,8	7,6	7,1	6,9
20. Spanien	21,9	21,3	20,2	19,3	18,7	19,5	19,4	19,2	19,2	18,6	18,5
21. USA	8,4	8,2	7,5	7,2	7,0	7,6	7,2	7,0	7,0	6,6	6,3
Ungew. Durchschnitt über 21 OECD Länder	16,1	15,6	14,5	13,9	13,3	13,9	13,6	13,3	13,1	12,6	12,4

^{a)} Werte auf Basis von aktuellen Prognosen